



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. März 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

AKK-Tätigkeitsbericht 2019–2023

Für die Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) spricht Kommissionspräsidentin Irene Keller.

Irene Keller: Sie sind unser Auftraggeber – gemäss Kantonsratsgesetz erteilt der Kantonsrat der Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) den Auftrag für die Aufsicht und Kontrolle über Regierung und Verwaltung sowie über den Geschäftsverlauf der Gerichte. Eingeschlossen sind die ausgelagerten Einheiten, hier übt die AKK die Oberaufsicht über die Aufsicht des Regierungsrates aus. Die Aufsicht der AKK betrifft nicht die sachlichen Inhalte von Entscheiden und Prozessen, sondern sie prüft auf Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit. In den vergangenen gut 20 Jahren, das heisst seit es die ständige Kommission AKK in dieser Form gibt, hat sie jeweils per Ende Legislatur ihren Tätigkeitsbericht vorgelegt. Im Sinn der Kontinuität, des Informationsflusses und der Transparenz wird die AKK zukünftig jährlich Bericht erstatten. Demzufolge hat der vorliegende Bericht eine hybride Form, das heisst er übernimmt Teile der auslaufenden Berichterstattung, bewegt sich aber gleichzeitig in eine zukünftige Form. Dies zeigt sich unter anderem in vielen tabellarischen Darstellungen. Wie gesagt: Sie sind unser Auftraggeber. Daher sei die Frage erlaubt: Haben Sie sich schon Zeit genommen, die gut 20 Seiten des Berichtes zu lesen oder vielleicht Auszüge daraus? Die Forderung nach mehr Information über die Arbeit der AKK ist im Kantonsrat mehrfach geäussert worden, man könnte also sagen: Es ist an der Zeit, sich die Zeit zu nehmen, sich mit dem Bericht zu beschäftigen. Aufgrund des Amtsgeheimnisses ist der Bericht vertraulich, das heisst er ist grundsätzlich für den Kantonsrat bestimmt. An dieser Stelle wird auszugsweise Auskunft gegeben mit Hinweisen auf die wichtigsten Punkte, aber stets ohne detaillierte Ausführungen zu machen. Dies würde den Rahmen definitiv sprengen. Als Erstes sind die Empfehlungen der vorgängigen Kommission zu erwähnen, zwei Beispiele dazu: Erstens: Der Oberaufsicht über die ausgelagerten Einheiten soll vermehrt Gewicht gegeben werden. Mit den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Gesetzes über die Public Corporate Governance des Kantons Luzern (Mantelerlass PCG), aber auch mit der Aufnahme der Thematik in die Jahresgespräche mit den Departementsvorstehern wurden erste Schritte eingeleitet. Zweitens: Der Ablauf einer Eingabe oder eines Hinweises ist genauer festzulegen, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden und sicherzustellen, dass Antwort gegeben wird. Dieser Ablauf wurde im Austausch mit der Staatskanzlei und dem kantonalen Bedrohungsmanagement weiterentwickelt. Alle Empfehlungen der Kommission wurden behandelt, weitergeführt und weiterentwickelt. Als Zweites sind die Schwerpunkte zu nennen, diese setzt sich die Kommission selbst. Es können begleitende, aber auch präventive Themen sein. Begleitende Themen sind zum Beispiel die Digitalisierung in den Dienststellen, gemeinsame Hindernisse und Schwierigkeiten oder die Begleitung der Mitarbeitenden im Projekt kantonale Verwaltung Seetalplatz Emmen (KVSE). Präventiv aufgenommen wurden die Themen Mobbing und Sexismus, dies vor allem in

Zusammenarbeit mit der Dienststelle Personal, aber auch in den Gesprächen mit den Dienststellenleitungen. Abgeschlossen werden konnte der Schwerpunkt Personalumfragen. Diese werden nun in den Dienststellen mindestens alle vier Jahre gemacht, aus den Resultaten entstehen Massnahmen. Ein Monitoring wurde festgelegt. Als dritter Punkt wird kurz auf die hauptsächlichen Untersuchungsthemen dieser Legislatur eingegangen: Die Krisen mit Covid 19 und den Ukraine-Flüchtlingen haben auch die AKK beschäftigt. Diversen Prozessen, die von aussen beanstandet wurden, wurde nachgegangen, und sie wurden geprüft. Die bekannten Themen der Subventionsproblematik VBL / Verkehrsverbund Luzern (VVL), die gescheiterte IT-Lösung Educase im Bildungswesen und die Fragen rund um die Flüchtlingsunterkunft Marienburg sind alle drei Aufträge des Kantonsrates. Sie sind terminlich unterschiedlich unterwegs. Der Bericht zum Thema VBL/VVL ist seit Juni 2021 öffentlich, die Empfehlungen daraus werden vom Regierungsrat umgesetzt, sie finden Eingang in die Eignerstrategien. In Arbeit sind noch die Empfehlungen aus dem AKK-eigenen Ergänzungsbericht. Auch in diesem Thema wurde ein Monitoring festgelegt. Die Untersuchung zu Educase ist sehr weit fortgeschritten. Gewisse Erkenntnisse konnten bereits für das neue Projekt IT-Schullösung dem Bildungs- und Kulturdepartement übergeben werden. Es ist das Ziel, zwischen Frühjahr und Ende Legislatur die Untersuchung abzuschliessen und Bericht zu erstatten. Die Klärung um die Unterkunft Marienburg wird noch ihre Zeit in Anspruch nehmen. Das vierte Thema betrifft die Arbeit der AKK-Ausschüsse. Sie wird im Bericht hauptsächlich tabellarisch dargestellt. In Stichworten wird Auskunft gegeben über: Was ist das Thema? Bei wem wurde wie und was nachgefragt und geklärt? Was ist das Ergebnis? Und schlussendlich: Was wurde erreicht? Was folgt daraus? Diese Tabellen sind nicht abschliessend, es werden nur die wichtigsten Punkte aufgeführt. Auf einzelne dieser Punkte kann hier, nur schon aus zeitlichen Gründen, nicht eingegangen werden. Als fünftes zentrales Thema ist die Zusammenarbeit der AKK mit der Finanzkontrolle (Fiko) zu erwähnen. Die Fiko ist der Hauptpartner der AKK. Beide sind auf verschiedenen Ebenen anzutreffen, die AKK auf der legislativen, die Fiko auf jener der Verwaltung. Trotzdem ergänzen sich die beiden ideal und vice versa. Diese Zusammenarbeit ist unerlässlich, sie ist zielführend und effektiv. Es ist geplant, diese noch zu verstärken. Ein weiterer Ansprechpartner ist die Planungs- und Finanzkommission (PFK); jährlich treffen sich die Präsidien der AKK und der PFK zweimal mit der Leitung der Fiko. Hier könnte auch erwähnt werden, dass geplant ist, auch mit neuen Partnern einen jährlichen Austausch vorzusehen, dies betrifft zum Beispiel den Datenschutzbeauftragten. Als sechster und letzter Pfeiler in den Hauptthemen der AKK sei unsere in der Umsetzung begriffene Reform der Organisation, der Struktur und der Abläufe erwähnt. Trotz Pensenerhöhung für das AKK-Sekretariat auf Januar 2022 hat die AKK ihre Strukturen auf Effizienz und Wirksamkeit geprüft und reorganisiert. Die Reform wurde in Eigenregie erarbeitet. Sie ist eine Anlehnung an die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Kantons Zürich, aber in einer Luzerner Adaption. Die AKK hat alle ihre «Stakeholder», auch die Fraktionen, über die Reform umfassend informiert. Man kann daraus folgern: Sie wissen Bescheid, und es erübrigt sich, hier ins Detail zu gehen. In grossen Zügen: Geändert oder weiterentwickelt wurden das System der Ausschussarbeit, die Besuchsform der Dienststellen, die Art und die Führung der Protokolle, das System der Follow-ups, die Sitzungsform und der Sitzungsrhythmus, die Form des Präsidiums, die Information an den Kantonsrat, die Festlegung der Handhabung der Interessenkonflikte in der AKK, wichtige Zusammenarbeiten mit der Fiko usw. Ziel der Reform ist es, die Arbeit der AKK den Anforderungen der heutigen Zeit anzupassen, und die vorhandenen Ressourcen effizient und wirksam zu nutzen. Wir sind und bleiben ein Milizparlament. Die fachliche Unterstützung der AKK-Mitglieder muss gewährt sein, daher sollen Ressourcen nicht mit unnötigen, administrativen Arbeiten verschwendet werden. Auch der Wandel der letzten 20 Jahre in der Politik, in der Gesellschaft und in den Forderungen der Bürger hat eine Reform angezeigt. Die Arbeit der AKK muss weiterhin sehr kritisch sein, sie muss hartnäckig, ohne Parteibüchlein und transparent sein, das Rollenverständnis muss klar eingehalten werden, trotzdem soll sie konstruktiv und vertrauensbildend sein, sie soll Learnings für die Weiterentwicklung bieten, für heikle Punkte sensibilisieren, sie soll kein

«Allzeit-Schreckgespenst» darstellen. Dies bedeutet einen Kulturwandel, der bereits eingeläutet ist, der aber in der kommenden Legislatur entwickelt und gelebt werden muss. Seit Ende 2022 arbeitet die AKK nach dem neuen Modus. Erste Rückmeldungen aus den Dienststellen, den Departementen und der Regierung sind durchwegs sehr positiv. Wir sind auf dem richtigen Weg. Die AKK wird bis Ende Legislatur die Weiterführung intensiv bearbeiten und sich für die Aus- und Weiterbildung der AKK 2023–2027 vollauf einsetzen. Man könnte ohne Weiteres ein Buch füllen, um die letzten vier Jahre der AKK zu dokumentieren. Nun, es wäre wohl ein Buch, das niemand liest, ausser vielleicht Hans Stutz. Man kann festhalten: Die Arbeit der AKK ist eine äusserst interessante, aber auch ebenso anspruchsvolle. Nur schon die Mobilität der Daten fordert vermehrt Information, daher werden Nachfragen und Überprüfungen eher zu- als abnehmen. Unter den Anliegen, die der AKK wichtig sind für die Erfüllung ihres Auftrags, möchte ich hier zwei erwähnen: Erstens eine proaktive Information durch Regierungsrat, Gerichte, Departementssekretariate und Dienststellenleitungen an die AKK unterstützt unsere Arbeit deutlich und schafft Vertrauen. Dieser Gedanke muss im Bewusstsein aller wachsen und gedeihen. Zweitens: Die Fraktionsleitungen sollen sich in der Konstituierung der Kommissionen bewusst sein, dass die AKK-Arbeit durch erfahrene Kantonsrätinnen und Kantonsräte ebenfalls deutlich gefördert und erleichtert werden kann. Wie schon oft erwähnt: Der Kantonsrat muss sich auf eine kompetente AKK verlassen können. Wenn ich in allen Ausführungen im Namen der Gesamt-AKK gesprochen habe, ist es mir wichtig, zum Schluss für mich als Präsidentin zu sprechen. Acht Jahre AKK, zuerst als Lead im Ausschuss Finanzdepartement, dann im Speziellen die vier Jahre als Präsidentin, haben mich in jeder Hinsicht ausserordentlich bereichert. Neben dem Präsidialjahr sind sie ein absolutes Highlight in der politischen Arbeit. Etwas bewegen zu können, ist ein Privileg. Daher liegt es mir am Herzen, etwas ausführlicher und ganz persönlich zu danken: Dem Vizepräsidium der AKK, Ylfete Fanaj, Barbara Lang und zuvor Ludwig Peyer. In keiner anderen Kommission ist das Zusammenspiel im Präsidium derart wichtig wie in der AKK. Es ist Garant für ausgewogene Entscheide. Zweitens: Allen AKK-Mitgliedern, aktuelle und ehemalige, die den Berg an Arbeit mitbestiegen haben, und mich mit ihrer positiven Unterstützung getragen haben. Den Herren Regierungsräten, ihrem jeweiligen Departementssekretariat, den Dienststellenleitungen und der ganzen Verwaltung für ihre stets offene Haltung und Mitarbeit. Dasselbe gilt für das Präsidium des Kantonsgerichtes. Dann der Staatskanzlei für jegliche Unterstützung: rechtlich, administrativ, organisatorisch und sogar kulinarisch, allen voran dem Staatsschreiber, dem Leiter der Parlamentsdienste, der Rechtskonsultantin und der Standesweibelin. Der ganzen Presse, die dem Amtsgeheimnis, dem die AKK zu folgen hat, mit Respekt begegnet und die Berichterstattung dementsprechend gestaltet. Zuletzt danke ich dem wichtigsten Partner in der ganzen AKK-Arbeit: Silvan Rüttimann, dem Sekretär der AKK. Ohne seine Kompetenz, sein ausserordentliches Interesse, sein strukturiertes Arbeiten und sein positives Mit- und Vorausdenken hätten wir den Schritt in die Reform wohl kaum gewagt. Und mit einem Augenzwinkern: Am Thema «Ansprüche an sich selbst» müssen wir wohl beide noch arbeiten. Silvan hat genügend Zeit, ich muss mich beeilen. Silvan Rüttimann: an dieser Stelle ganz einfach: herzlichen Dank von der ganzen Kommission. Herzlichen Dank, durch Ihr Zuhören haben Sie der AKK ihre Referenz erwiesen. Die AKK-Arbeit steht nicht im Schaufenster der Politik, es lohnt sich aber definitiv, sich dafür einzusetzen.

Hans Stutz: Mitte September dieses Jahres werden wir sicherlich viele Male daran erinnert werden, dass der schweizerische Bundesstaat 175 Jahre alt geworden ist und die Schweiz damit einen modernen und liberalen Staat erhalten hat. Einen demokratischen Staat, unter anderem gestützt auf die gegenseitige Kontrolle der drei staatlichen Gewalten. Nur, diese Staatsform der Gewaltenkontrolle war im Kanton Luzern und in anderen katholischen Gebieten bloss eingeschränkt willkommen. Ein letztes Beispiel erlebten wir vor zwei Jahren vollumfänglich beim Tätigkeitsbericht der AKK. Er war so kurz und aussagelos, dass er schon vergessen war, bevor er fertiggelesen war. Da hat der diesjährige Tätigkeitsbericht ein ganz anderes Gewicht. Es ist ein markanter Fortschritt, aber der Bericht

entspricht noch nicht meinen Vorstellungen an die aktuellen Anforderungen an einen modernen demokratischen Staat. Erstens weil er nur alle vier Jahre erstellt worden ist; das soll sich ändern. Zweitens ist er nur für uns Ratsmitglieder und vertraulich und damit öffentlich praktisch nicht diskutierbar und für die Öffentlichkeit überhaupt nicht zugänglich. Ich danke Irene Keller für den Hinweis, dass ich ein eifriger Leser bin. Im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2023–2026 habe ich auf Seite 93 gelesen, dass die Fiko in Zusammenarbeit mit der AKK ein wichtiger Akteur der Oberaufsicht über Regierung und Verwaltung ist und sich über die Beratungsresistenz von Verwaltungseinheiten und die politische Übersteuerung von Empfehlungen beklagt. Das will heissen, dass die Regierung weiterhin macht, was sie will. Ich habe deshalb gestern zwei Motionen eingereicht. Diese fordern, was bereits angedacht ist, dass sowohl die AKK als auch die Fiko jährlich einen Tätigkeitsbericht abzuliefern haben und diese beiden Berichte zu veröffentlichen sind. Mit der Umsetzung dieser Motionen würde der Kanton Luzern kein politisches Neuland betreten. In mindestens acht Kantonen der Deutschschweiz sind diese Regelungen bereits umgesetzt. Meine Motion bezieht sich auch auf die Regelung des Kantons Zürich.